

Beitrag der
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
Dr. Antje Vollmer

zum Thema

“Support for emerging Parliaments and for parliamentary democracy”

G8-Präsidentenkonferenz in Glasgow
vom 16. bis 18. September 2005

Der Deutsche Bundestag engagiert sich seit vielen Jahren in der Unterstützung der Parlamente junger Demokratien. Diese Hilfe hat verschiedene Formen: so werden Mitarbeiter ausländischer Parlamente zu Seminaren nach Berlin eingeladen, deutsche Bundestagsabgeordnete knüpfen in Parlamentariergruppen Kontakte mit Abgeordneten junger Demokratien oder Experten der Bundestagsverwaltung beraten die Versammlung im Kosovo über Organisations- und Funktionsweise einer Parlamentsverwaltung. Weltweit einmalig ist auch die Vergabe von Stipendien an junge Hochschulabsolventen, damit diese ein halbes Jahr das parlamentarische System Deutschlands kennen lernen können.

Interparlamentarische Ausbildungshilfen

Die Verwaltung des Deutschen Bundestages führt seit 1984 Informationsseminare für Mitarbeiter ausländischer Parlamente durch. Ziel dieser Programme ist es, den Parlamentsmitarbeitern die Struktur und Arbeitsweise des Deutschen Bundestages zu erläutern. Damit sollen praxisnahe Anregungen für die organisatorische Ausgestaltung der parlamentarischen Arbeit in Ländern, die sich in einer Phase des demokratischen Neubeginns oder Umstrukturierung befinden, gegeben werden.

In der Regel werden von drei bis vier ausländischen Parlamentsverwaltungen jeweils zwei Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu einer achttägigen Informationsveranstaltung eingeladen. Dabei werden bei der Auswahl der Länder regionale Schwerpunkte gesetzt. So wurden ab Herbst 2001 verstärkt Spezialistenprogramme zu den Themen Gesetzgebungsverfahren, Parlamentsdienste, Haushalt/Finanzen und Personal für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von Parlamentsverwaltungen verschiedener Länder Südosteuropas durchgeführt. Daneben werden Informationsveranstaltungen für Länder Lateinamerikas, Asiens und Afrikas durchgeführt. Die Auswahl der Länder erfolgt durch den Deutschen Bundestag in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt.

Parlamentariergruppen

Die außenpolitischen Beziehungen des Deutschen Bundestages zu den Parlamenten auswärtiger Staaten werden unter anderem durch die Parlamentariergruppen gepflegt. Diese weitgehend formlosen interfraktionellen Zusammenschlüsse von Abgeordneten, stellen ein Forum für den internationalen Meinungs austausch dar und bieten eine Möglichkeit zur Unterstützung von sich entwickelnden Demokratien. Die Bildung von Parlamentariergruppen geht auf die Initiative der Interparlamentarischen Union (IPU) zurück. In der 15. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages existieren 51 Parlamentariergruppen, die alle Mitgliedstaaten der IPU umfassen. Die Parlamentariergruppen organisieren sich auf bilateraler Ebene oder zwischen Deutschland und einer Staatengruppe, wie zum Beispiel die Parlamentariergruppe Östliches Afrika. Parlamentariergruppen versuchen auch Beiträge zu Konfliktlösungen (z.B. Burundi, Kaukasus) zu leisten, in dem sie den sich gegenüberstehenden Vertretern der Konfliktparteien Gelegenheit zu gemeinsamen Gesprächen auf neutralem Boden bzw. unter unparteiischer Moderation anbieten.

Die Mitglieder der Parlamentariergruppen sind Ansprechpartner für eine Vielzahl ausländischer Besucher des Deutschen Bundestages aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien, die sich über die politische Lage in Deutschland oder grundsätzlich über das deutsche parlamentarische System unterrichten wollen. Die interfraktionelle Zusammensetzung der Parlamentariergruppen ist dabei ein wichtiges Symbol gelebter demokratischer Pluralität und gibt in den jungen Demokratien ein anschauliches Beispiel für ausgewogene Standpunktvertretung und sachliche Auseinandersetzung mit Andersdenkenden. Begegnungen mit Oppositionellen stärken zudem die demokratischen Kräfte in den Partnerstaaten.

Konsortium zu Unterstützung der Versammlung des Kosovo

Gemeinsam mit der Assemblée Nationale und der Abgeordnetenkommer Belgiens hat der Deutsche Bundestag im Juli 2003 ein **Konsortium zur Unterstützung der Versammlung des Kosovo** in einem auf 18 Monate angelegten Projekt der Europäischen Union bzw. der European Agency for Reconstruction (EAR) gebildet. Das Projekt hatte zum Ziel, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Versammlung des Kosovo die Kenntnisse für eine effiziente Verwaltungsarbeit zu vermitteln und sie mit den parlamentarisch/administrativen Dienstabläufen vertraut zu machen. Zu diesem Zweck waren Bedienstete der drei beteiligten Parlamente zur Beratung der Versammlung im Kosovo tätig, ebenso reisten Kurzzeitexperten für Seminare in den Kosovo. Um Organisation und Funktionsweise der Bundestagsverwaltung kennen zu lernen, sind auch drei Delegationen von Bediensteten der Versammlung des Kosovo im Juni und September 2004 zu jeweils einwöchigen Aufenthalten nach Berlin gereist.

Der Deutsche Bundestag bewirbt sich derzeit bei der Europäischen Union für die Fortsetzung des Projekts wieder gemeinsam mit der Assemblée Nationale und der Abgeordnetenkommer Belgiens und zusätzlich dem Parlament Sloweniens.

Internationale Parlaments-Praktika

Eine weitere Form der nachhaltigen Zusammenarbeit mit jungen Demokratien stellt das Internationale Parlaments-Praktika-Programm (IPP) dar. Das IPP-Programm gibt jährlich etwa 100 jungen, politisch interessierten Menschen aus mittlerweile 23 Ländern die Möglichkeit, das parlamentarische System Deutschlands kennen zu lernen. Das Programm steht unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten und wird in Zusammenarbeit zwischen dem Deutschen Bundestag und den drei in Berlin ansässigen Hochschulen finanziert und organisiert. Die jungen Hochschulabsolventen erhalten

zunächst durch die Universitäten zu Berlin eine Einführung in das akademische Leben und durch die Bundestagsverwaltung in die parlamentarische Arbeit. Anschließend gewinnen sie während eines 15-wöchigen Praktikums im Büro eines Abgeordneten intensive Einblicke in das parlamentarische System der Bundesrepublik Deutschland. Auf diese Weise soll ein Beitrag zur Stärkung junger Demokratien sowie zur Verbreitung freiheitlich-demokratischer Verfassungsideen geleistet werden.